Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten = Association Suisse des Professeurs d'Université

Herausgeber: Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten

Band: 29 (2003)

Heft: 2-3

Rubrik: Aus nah und fern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus nah und fern

Im Fadenkreuz des Versagens

Zumindest die Schuldebatte in Frankreich ist vorbildlich

PARIS, 23. Mai

Schüler, die unter Polizeischutz an der Boykottfront der Lehrer vorbei zu ihren Prüfungen in die Klassenräume geleitet werden müssen: Versinkt Frankreichs Schulideal aus Elitegeist und Egalitätsanspruch des Ganztagsunterrichts im Nachbeben von 1968? Statt der Schüler demonstrieren diesmal Lehrer im Vorrentenalter. Der politisch bedrängte Bildungsminister Luc Ferry macht in seinem Buch „Lettre à tous ceux qui aiment l'école" (Brief an alle, die die Schule lieben), das er an die achthunderttausend Lehrer des Landes verschickte, ausdrücklich die Ideologie des individualistischen Eigensinns jener Zeit für den Orientierungsmangel und Autoritätsverlust in der Schule verantwortlich. Seit seiner vor siebzehn Jahren zusammen mit Alain Renaut publizierten Studie über das Denken der Achtundsechziger (La pensée 68) läßt ihn das Thema nicht los. Wo immer er sich heute blicken läßt, bekommt er aber im buchstäblichen Sinn sein jüngstes Buch an den Kopf geworfen, oft mit der Bemerkung „Zurück an den Absender". Mit der Debatte ums Erbe von 68 allein ist den gegenwärtigen Problemen allerdings nicht beizukommen. Das Chaos steht trotz wiederholter Streiks noch nicht vor der Tür. Selbst der von den Gewerkschaften verurteilte Prüfungsboykott kam bisher über ein paar lokale Splittergruppen nicht hinaus.

„Werde du selbst", habe rousseauistisch die auf Spontaneität und freien Ausdruck fixierte Erziehungsmaxime jener Jahre gelautet, schreibt Ferry. „Werde ein anderer", verständiger, besser, das sei die Tugend, die von der Schule neu entdeckt werden müsse. Frankreich, das sein mäßiges Abschneiden bei der Pisa-Studie vor drei Jahren gelassen zur Kenntnis nahm, hat andere Probleme als Leistungsdurchschnittswerte. Seit zwanzig Jahren wird die Diskussion bei jedem Reformversuch immer gleich prinzipiell. Mehr als um Mittelwerte geht es im Land des institutionalisierten Elitekults heute um die Rettung des egalitären Fundaments, auf dem die öffentliche Schule der Republik seit den Gründerjahren des legendären Jules Ferry gebaut ist.

Dieser Boden wankt, und immer mehr Schüler fallen durch. Ging es ursprünglich darum, den Nachwuchs der Nation mit Grundwissen zu versorgen und eine Elite – knapp fünf Prozent noch im Jahr 1950 – zum Abitur oder darüber hinaus zu führen, so machen heute über sechzig Prozent das „Bac" in seinen verschiedenen, auch berufsspezifischen Varianten. Gleichzeitig verlassen jährlich hundertfünfzigtausend Jugendliche die Schule ohne jeden Abschluß, und an die fünfzehn Prozent, so warnt der Minister, seien mit zwölf Jahren noch unfähig, einen Text zu lesen. Darüber, wie dieser Situation mit ihren Folgen von Schülerfrust, Disziplinverlust, Gewaltakten und Lehrerdepression abgeholfen werden kann, gehen die Ansichten auseinander.

Um der wachsenden Diskrepanz zwischen Lehrplanvorgabe und realer Leistung abzuhelfen, waren in einer Rahmenreform vor vierzehn Jahren unter dem damaligen Erziehungsminister Lionel Jospin die Akzente im französischen Schulwesen neu gesetzt worden. Das Monopol der klasssischen Schulfächer wie Französisch, Mathematik, Geschichte in der Bewertungshierarchie an Hauptschule und Gymnasien wurde aufgebrochen durch neue Schwerpunktfächer musischer oder sportlicher Ausrichtung, stärkere Berufsbindung und fachübergreifende Gruppenarbeit, bis hin zum Ausbau der Schulbibliotheken zu einer Art kultureller Exterritorialität für Lesungen, Theater- und sonstige Veranstaltungen mitten im Einheitsraum des kanonischen Schulwissens. Den Schüler mit seinen spezifischen Neigungen in den Mittelpunkt des Systems stellen, so hieß die Losung dieser voluntaristischen Politik mit der Fadenkreuzperspektive. Sie soll nun rückgängig gemacht werden, denn mit ihr sei das allgemeine Bildungsideal individualistisch ausgehöhlt worden, findet der Minister. Nicht der Schüler, sondern der Prozeß der Wissensvermittlung müsse wieder in den Mittelpunkt rücken.

Über den abstrakten Prinzipienkrieg hinaus ist das die französische Antwort auf die auch anderswo aktuelle Frage, wie weit die Schule allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen, wie etwa der Kulturzugehörigkeit ihrer Schüler, sich öffnen oder einen abgeschirmten Raum strikt wissensvermittelnder Gleichbehandlung gewährleisten soll. In dezentralen Systemen, vor allem des europäischen Nordens, herrscht große Flexibilität zwischen der lokal geprägten Zivilgesellschaft und der Schule. Hängt damit deren gutes Abschneiden bei der Pisa-Studie zusammen? Frankreich bietet mit der beamteten Zentralstruktur seiner Éducation Nationale ein anderes Modell, das nicht nur Nachteile hat, mag es auch in Fragen etwa des islamischen Kopftuchtragens im Klassenraum seit nun-

---

mehr vierzehn Jahren immer noch nach einer überzeugenden Antwort suchen.

Der landesweit, wenn nicht erreichte, so zumindest abgesteckte gleichwertige Bildungsstand, die belebend sich auswirkende Mobilität der Lehrer quer durchs Land, die problemlose Umschulung der Kinder bei Wohnortwechsel sind Qualitäten eines in manchem sonst revisionsbedürftigen Systems. Die Revision verlangt aber Behutsamkeit und nicht Verordnung von oben herab. Daran hapert es immer von neuem. Wie die Umorientierung der Schule auf das Schülerprofil unter Jospin 1989 mit einem Wust von technokratische Pädagogik einherging, gerät nun das homöopathisch dosierte Reformprogramm Luc Ferrys gegen Illettrismus, Autoritätszerfall und für bessere Berufsausrichtung mit einer schroff diktierten Umverteilung von hunderttausend Schulpsychologen, Ärzten, Berufsberatern und sonstigen Hilfskräften aus der staatlichen in die regionale Behördenzuständigkeit ins Rotieren. Diese Maßnahme vor allem ist es, die derzeit neben der Forderung nach einem Gesamtkonzept für die Schule und neben der Opposition gegen die allgemeine Rentenreform die Lehrer zu Streiks und Demonstrationsmärschen treibt.

Denn die Grundfragen von Tages- und Jahresplan des Unterrichts, von Gewichtung zwischen Allgemein- und Fachbildung bleiben weiterhin ausgespart. Die Ganztagsschule, die im Land der berufstätigen Mütter mehr gesellschaftspolitische als pädagogische Funktion hat, steht hier nicht zur Debatte. Das deutsche Vormittagsschulmodell hat in Frankreich gegenüber früher an Attraktivität verloren. Die im Tageablauf praktizierte Extensivität findet sich aber im Wochen- und Jahresrhythmus nicht wieder. Der schulfreie Mittwoch an Grund- und Hauptschule sowie der lange Zweimonatsurlaub im Sommer konzentrieren das Arbeitsprogramm auf die Restzeit, diese Tendenz wird durch die jüngste gesetzliche Arbeitszeitverkürzung noch verstärkt. Schule und Familienleben laufen nebeneinander her: Rackern unter der Woche und übers Jahr, Freizeit und Familie im Urlaub und am verlängerten Wochenende, vielleicht bald schon ab Freitag mittag oder Donnerstagabend.

Das Ideal der soliden Allgemeinbildung für alle, dem Frankreich einst nahe kam, ist immer schwerer einzulösen. In dem 1975 geschaffenen „Collège unique", der französischen Variante von Gesamtschule, hat es seine Kurzformel gefunden, die sich allerdings nie zwischen besserer Hauptschule und minderem Gymnasium entscheiden konnte. Das „Collège unique" ist heute für die meisten, auch die Mehrzahl der Lehrer, überholt. Aber man will es ungern offen sagen. Richtig lesen, schreiben und rechnen zu können bis zum siebten oder achten Schuljahr, so lautet fortan die Priorität. Alles Weitere soll dann nach Möglichkeit hinzukommen.

Wissen und Information schneien heute in flockiger Beliebigkeit ohnehin aus allen Kanälen über die Schüler. Diese Flut zu ordnen, zu relativieren und zu vertiefen ist die schwierige Aufgabe der Schule. Insofern hat sie auch in Frankreich den Anschluß an die Mutation der Gesellschaft gefunden. Im institutionellen Widerstand gegen deren Gesetze liegt aber der unveräußerbare Kern des Selbstverständnisses der „École de la République".

JOSEPH HANIMANN

Quelle: FAZ ,24.5.03
Nr. 120, 33

Zwischen Budgetierung und Forschung

Leistungsüberprüfung, Evaluation und die Entwicklung der kleinen Fächer an der Volluniversität

HEIDELBERG, Anfang Juni

Evaluation, Leistungsüberprüfung, Bewerberauswahl bei Studierenden und Hochschullehrern, das sind die Zauberworte eines umfassenden Reformprozesses, in dem sich die deutschen Universitäten befinden. Sie sollen in Forschung und Lehre, aber auch in der Verwaltung effizienter werden und sich auch noch neue Finanzquellen erschließen. Das konfrontiert nicht nur die Hochschullehrer mit völlig neuen Aufgaben, die ihnen zuweilen eher die Rolle eines Wissenschaftsmanagers als eines Forschers und Lehrers auferlegen, sondern auch die Universitätsverwaltung.

Sie muß nicht nur die Leistungen, sondern auch die Verwendung der Mittel durchschaubar machen. Die bisherige Vergabe der Mittel nach kameralen Vorgaben ist dazu wenig geeignet. Die Universität Heidelberg hat deshalb als erste Hochschule in Baden-Württemberg einen Globalhaushalt bekommen. Sach- und Personalkosten sind austauschbar, nicht ausgegebene Gelder können von einem ins andere Jahr übertragen werden. Das Projekt „Impulse", das die Universität gemeinsam mit der Volkswagenstiftung entwickelt hat, erlaubt eine Stärkung der Institute durch eine dezentrale Ressourcenverantwortung und gleichzeitig eine wirkungsvolle Kontrolle durch das Rektorat. Die Universität wird gewissermaßen als Landesbetrieb geführt und hat nicht nur am Ende eines Kalenderjahres, sondern zu jedem gewünschten Zeitpunkt einen genauen Überblick über Einnahmen und Ausgaben. Solche Institutsbudgets bestehen aus einem Basisteil mit einer Grundausstattung, einem formelgesteuerten Budgetanteil sowie einem Anteil, der sich aus den Verhandlungen zwischen dem Institut und der Universitätsleitung ergibt.

Solche Gespräche mit allen Mitarbeitern der Institute, nicht nur mit ihrer Leitung, sind aufschlußreich, berichten die Mitglieder des Heidelberger. Rektorats. Plötzlich erfährt Rektor Hommelhoff, von Hause aus Jurist, warum die Chemie-Doktoranden so lange für ihre Promotion brauchen: Sie müssen die Lehre für die Anfänger-Semester übernehmen. Nur so läßt sich auch ermitteln, welche Institute (zum Teil bestehen sie nur aus einem einzigen Lehrstuhl) mit anderen Einrichtungen zusammengelegt werden könnten. Denn die Finanzierung und Einzelbehandlung von 70 Instituten allein in Heidelberg fordert nach Auffassung der Universitätsverwaltung Konzentration.

Das Stuttgarter Wissenschaftsministerium hat den Universitäten eine Konzentration im gesamten Fächerspektrum auferlegt. Sie sollen nicht nur Zentren bilden, sondern auch in eine Arbeitsteilung und Zusammenarbeit mit Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen eintreten. Die kleinen Fächer sollen sich so umstrukturieren, daß sich eine „disziplinenübergreifende Organisationskultur etablieren kann", heißt es in einem Papier des Ministeriums.

Ein Beispiel für eine projektbezogene Konzentration von fünfzehn überwiegend kulturwissenschaftlichen Fächern ist der Sonderforschungsbereich „Ritualdynamik", den die Deutsche Forschungsgemeinschaft der Universität Heidelberg bewilligt hat. Mit 3,5 Millionen Euro werden zunächst für drei Jahre mehr als zwanzig wissenschaftliche Stellen für den akademischen Nachwuchs geschaffen. Verglichen werden unterschiedliche Ritualtypen in Asien und Europa und die Übertragung von Ritualen aus einer Kultur, Religion oder Region in eine andere.

Zu den schwierigsten Aufgaben gehört an allen Universitäten die Leistungsbeurteilung von Forschung und Lehre. Erschwert wird diese Aufgabe noch dadurch, daß es zwei Evaluationen des Landes im Jahr gibt, die an den Universitäten viele Kräfte binden. Außerdem werden diese Evaluationen durch das Wissenschaftsministerium, die eigentlich den Stand von Forschung und Lehre feststellen sollten, zunehmend zu einem finanziellen Steuerungselement. In den medizinischen Fakultäten scheint die Evaluation zuweilen sogar zur Standespolitik zu entarten. Um so wichtiger ist es, daß die Universitäten selbst Kriterien entwickeln.

Heidelberg nimmt bei der Erstellung von Leistungsindikatoren eine Vorreiterrolle ein. Deshalb hat die Universität die vom Land vorgegebenen Kriterien der Mittelverteilung wie Absolventenzahl, Doktorandenzahl, Habilitationen, Drittmittel weiterentwickelt. Wie das Land den Universitäten den Anreiz bietet, durch wirtschaftliches Arbeiten mit den erhaltenen Ressourcen höhere staatliche Mittelzuweisungen zu bekommen, so gibt die Universität Heidelberg den Instituten die Möglichkeit, über einen Formelteil (erhöhte Zahl der Studierenden in der Regelstudienzeit, zusätzliche Drittmittel) mehr Geld zu erhalten. Die Universität gibt mit ihrem Budgetierungsmodell also die Leistungsanreize, die das Land setzt, direkt an die Institute weiter, wo Forschung und Lehre geleistet werden. Die Verhandlungen mit dem Rektorat haben die Aufgabe, wissenschaftliche Spitzenleistungen, die sich nicht in Leistungsformeln abbilden lassen, rechtzeitig aufzuspüren und entsprechend zu fördern. Nur so können auch kleinere geisteswissenschaftliche Institute erhalten werden, deren Leistung nicht so großes Aufsehen erregt wie manche Entdeckung in den Lebenswissenschaften. Damit die Geisteswissenschaften nicht ins Hintertreffen geraten, haben sie einen eigenen Ansprechpartner bekommen, der außerhalb des Dienstweges zwischen Universitätsleitung und Instituten vermitteln kann, es ist der emeritierte Theologe Gottfried Seebaß.

Nach dem Beschluß der Kultusminister haben die Universitäten in den Bundesländern in unterschiedlichem Umfang das Recht, einen großen Teil ihrer Studenten selbst auszuwählen. Einerseits ist das Auswahlrecht eine nötige Voraussetzung für den Wettbewerb um die besten Studenten, andererseits überfordert sie die personellen und finanziellen Ressourcen der Universitäten bei weitem. Die Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg erwägt deshalb, für das Bewerbungsverfahren eine Aufwandsentschädigung von den Bewerbern zu verlangen, und hat das Wissenschaftsministerium gebeten, die juristische Grundlage dafür zu schaffen. Schwierig ist vor allem die Berücksichtigung ausländischer Bewerber, die keine Chancen hätten, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen müßten wie deutsche. Da die Heidelberger Universität einen überdurchschnittlich hohen Ausländeranteil von 16 bis 20 Prozent, in den Wirtschaftswissenschaften sogar von 30 Prozent aufweist, soll ein eigenständiger Concours für die ausländischen Studenten eingerichtet werden.

Wenig optimistisch sieht die Universitätsleitung der Bachelor-Master-Studiengänge entgegen, weil sie die Verschulung des gesamten Studiums vorantrieben. Während es in Großbritannien eine jahrhundertelange Tradition mit diesem Modell gebe, seien die deutschen Probleme durch die Vorgaben der Kultusministerkonferenz weitgehend hausgemacht. Die Universität hat sich deshalb entschlossen, Bachelor-Abschlüsse inhaltlich und organisatorisch sinnvoll in vorhandene Studiengänge einzupassen.

Das gilt insbesondere für die bisherigen Lehramtsstudiengänge, denn Baden-Württemberg will Bachelor-Master-Strukturen darauf nicht anwenden. In Heidelberg sind deshalb sogenannte Module geplant, die für den Bachelor-Studiengang wie für den Lehramtsstudiengang anerkannt würden, so daß die fachwissenschaftliche Ausbildung des Lehramtsstudenten nicht leiden kann. Master-Abschlüsse, bekräftigt der Rektor, sollen künftig vor allem für Aufbaustudiengänge und neue anwendungsorientierte Studiengänge in Betracht kommen. Sie seien ausdrücklich als Exzellenz-Studiengänge zu konzipieren und stünden nur den wissenschaftlich ausgewiesenen, besten Studenten offen. Für überdurchschnittliche Masterabsolventen könne sich eine Promotion anschließen. Allerdings müsse die Politik dann auch dafür sorgen, daß die neuen Abschlüsse auch auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich sein könnten.

Heike Schmoll

Quelle: FAZ 128
4.Juni 2003, 12

DEBORA WEBER-WULFF

Kein Kavaliersdelikt

Wie man Plagiate entdeckt und was dann getan werden muß

Plagiate, also das Verwenden fremder Texte ohne Quellenangabe, hat es wohl immer schon gegeben. Haus-, Magister- und Diplomarbeiten, Dissertationen und Habilitationen, Forschungsanträge und -berichte: es gibt kaum eine wissenschaftliche Textart, bei der nicht ohne Herkunftsnachweis abgeschrieben wurde. Mal sind es nur Halbsätze, die flickenteppichartig aneinandergereiht worden sind, mal sind es vermeintlich obskure Werke in anderen Sprachen, die flott übersetzt als eigene Werke herausgegeben worden sind.

Nach meinen Veröffentlichungen in der Zeitschrift *c't* (1/2002, S. 64-69) und *Spiegel-Online* (6./11. u. 20. November 2002) sind mir sehr viele verschiedene Fälle berichtet worden. Es ging dabei nicht nur um schummelnde Studierende, die einfach versuchen wollten, zum Diplom-Titel zu kommen, sondern auch gravierende Vorfälle im wissenschaftlichen Betrieb. So wird manches nur hinter vorgehaltener Hand erzählt, da man glaubt, gegen die Mächtigen nicht ankommen zu können. Anderes wird offen, wie ein Fall an einer süddeutschen Universität, an der gleich zwei schwere Plagiate bei Diplomarbeiten aufgedeckt wurden. Obwohl die Prüfungsordnung vorsieht, daß man bei schweren Täuschungsversuchen den Betroffenen von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen kann, und die bewertenden Lehrkräfte genau dieses forderten, war der Uni-Justitiar der Meinung, daß dies zu weit ginge. Er befand, daß den Kandidaten ein zweiter Versuch gestattet sei. So könnte der Eindruck entstehen, daß es eine Art Freischuß-Regelung gibt: man kann es ja erst mal mit einer Täuschung versuchen, wenn es klappt, winken tolle Noten, wenn nicht, dann muß man eben noch einmal ran.

So kann es aber nicht weitergehen. Deutschland ist als Wissenschaftsstandort gefährdet, wenn im großen Stil Meßergebnisse gefälscht und wissenschaftliche Arbeiten jeglicher Art abgekupfert werden. Es ist also Zeit zum Handeln. Aber wie?

Der erste Schritt, nachdem man einen Verdacht geschöpft hat, ist die Recherche. Ein bloßer Vorwurf nach dem Motto: „Dies ist zu gut, es ist bestimmt ein Plagiat" kann unter Umständen ungerecht sein. Man muß recherchieren, entweder in der Bibliothek oder im Internet oder beides. Es ist gar nicht so schwierig, wie manche denken, Plagiate im Internet aufzuspüren. Es ist keine besondere Software dafür notwendig, eine gute Suchmaschine wie www.google.de oder www.fireball.de reicht - und etwas Geschick bei der Eingabe von Suchbegriffen. Nur wenn man sehr stark bearbeitete Texte aufspüren möchte, kann besondere Software von Nutzen sein. Erst wenn man eine Quelle gefunden hat (und es muß nicht die tatsächliche Quelle sein, oft gibt es gleich mehrere Plagiate eines Textes im Netz zu finden), können Schritte eingeleitet werden. Wichtig ist es erst mal den Umfang des Plagiats zu dokumentieren. Entweder die URL notieren und die betreffenden Seiten ausgeben, oder die Bücherseiten auflisten, die kopiert worden sind. Dann sollte man einen Blick in die aktuellen Prüfungsordnungen werfen, um zu erfahren, ob und wenn ja, welche Ahndungen möglich sind bei versuchtem Betrug - denn beim Plagiat handelt es sich um genau dies, den Versuch, etwas von einem Anderen als eigene Leistung auszugeben. Nicht jede Hochschule ist so vorbildlich wie die Universität Mainz, die neulich beschlossen hat, daß alle Prüfungsordnungen als Höchststrafe für besonders schwere Fälle die Exmatrikulation vorsehen müssen.

> ☞ **Web-Hinweis**
>
> Die Autorin hat im Internet unter www.f4.fhtw-berlin.de/~weberwu/papers/plagiat.shtml eine Anleitung zum Aufdecken von Plagiaten bereitgestellt. Der Deutsche Hochschulverband hat zum Thema eine Resolution veröffentlicht, die unter www.hochschulverband.de abrufbar ist.

Manche Prüfungsordnungen sehen nur Ausschluß von der Bewertung im konkreten Fall vor, andere weiterreichende Strafen. In Schweden z. B. werden Studierende, die sich eines Betrugs schuldig gemacht haben, vom Unterricht und der Leistungserbringung für eine bestimmte Anzahl von Wochen ausgeschlossen. Das bringt schlechte Noten oder gar Durchfallen in allen Fächern mit sich, unter Umständen das Wiederholen eines ganzen Semesters. In den USA gibt es *„Honor Boards"*, Gremien, die in der Regel mit Kommilitonen besetzt sind, die den jeweiligen Fall prüfen und geeignete Strafen, bis hin zur Exmatrikulation ohne Erstattung der Studiengebühren vorschlagen.

Gemeinsame Aufgabe

Es ist wichtig, daß nicht nur der einzelne Hochschullehrer alleine gegen plagierende Studierende antritt, sondern daß die eigene Hochschule so etwas nicht toleriert und auch einen festen Rückhalt in den Dekanaten und Hochschulleitungen gibt. Den Studierenden muß gleich am Anfang des Studiums klargemacht werden, daß ein Plagiat kein Kavaliersdelikt ist. Diese Untugend scheint an den Schulen zu grassieren, und viele Studierende sind zudem der Meinung, daß Texte aus dem Internet wirklich zur „freien" Verfügung seien. Am besten (aber am teuersten) wären hier *Propädeutika* im ersten Semester eines jeden Studiengangs, die sich mit Fragen des wissenschaftlichen Arbeitens und des korrekten Umgangs mit fremdem geistigem Eigentum beschäftigten.

Hat die Hochschulleitung kein Interesse an dieser Frage, sollte man sie im Akademischen Senat diskutieren, auch, ob es gut für die Hochschule wäre, wenn solche Fälle im Nachhinein festzustellen wären, z.B. *nach* Erteilung eines Diploms. Es geht schließlich um den Ruf der Hochschule, aber auch darum, daß wir einen Lehrauftrag haben. Die Studierenden sollen sich mit ein Thema selber auseinandersetzen, es selber durchdringen. Ein Abschreiben oder eine Übersetzung wird diesem Ziel nicht gerecht.

Hat man sich für eine geeignete Reaktion auf den Vorfall entschieden - 5,0 für das Fach, durchgefallene Diplom- oder Magisterarbeit, Exmatrikulierung - muß dies den Stu-

dierenden natürlich mitgeteilt werden. Manche werden versuchen zu verhandeln („Es waren nur vier Sätze, ich bin mit einer Absenkung der Note um 0,3 einverstanden, aber nicht mit Durchfallen!"), manche werden sich schämen, andere werden gleich mit einem Anwalt drohen. Die Lehrkräfte müssen deutlich machen, warum Plagiate nicht erlaubt sind, und die Handlungsoptionen für den Studierenden aufzeigen. Es sollte nicht nur um das Strafen gehen, sondern auch eine Lernerfahrung sein.

Reicht es, ein oder zwei Plagiate zu veröffentlichen, um das Problem zu lösen? Das ist leider nicht der Fall. Obwohl z. B. bekannt sein sollte, daß ich und etliche meiner Kollegen in dieser Frage hart durchgreifen, werden immer noch Programmcodes, Bilder, Animationen oder Texte ohne Quellenangaben verwendet. Man muß also weiter achtsam sein. Doch gehen mittlerweile viele unserer Studierenden sehr genau mit den Werken anderer um, bis hin zur Attributierung von Ideen und nicht nur von Zitaten – eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Und wenn man nun einen Kollegen im Verdacht hat, plagiiert zu haben? Auch hier gilt: man muß erst mal feststellen, ob überhaupt ein Plagiat vorliegt. Hat man aber einen konkreten Verdacht und kann dieser nicht ausgeräumt werden, sollte man mit dem Dekanat oder der Hochschulleitung der eigenen (oder fremden) Hochschule Kontakt aufnehmen, um eine Lösung zu finden. Manchmal wird man nicht um einen Rechtsstreit herumkommen, um wenigstens eine gedruckte Entschuldigung in der Zeitschrift zu erzwingen, in der das Plagiat erschienen ist. Bedauerlicherweise nehmen nicht alle Hochschulleitungen solche Probleme ernst.

Keine Selbstjustiz!

Versuche der Selbstjustiz sind dabei mit Vorsicht zu genießen. So entdeckte ich zum Beispiel, daß jemand meine Unterlagen in einem Kurs verwendete, den er kommerziell anbot. Es gelang mir nicht, von demjenigen wenigstens eine Lizenzgebühr zu erhalten. Daraufhin habe ich den Fall unter Nennung des Namens auf meiner Homepage geschildert. Prompt bekam ich eine Klageandrohung wegen Verleumdung und mußte meine Homepage korrigieren.

Ziel der erhöhten Wachsamkeit gegenüber Plagiaten ist es nicht, Studenten unter Generalverdacht zu stellen oder Kollegen zu bespitzeln. Ziel ist es, eine ehrliche Wissenschaftskultur gedeihen zu lassen, in der man angibt, wo man seine Inspiration hergeholt hat. In der Wissenschaft muß doch immer auf Arbeiten von anderen aufgebaut werden, wie Robert Burton in *Anatomy of Melancholy* [1621-1651] schrieb: „A dwarf standing on the shoulders of a giant may see farther than a giant himself". Wir müssen aber erst mal selber verstehen, was die anderen gemacht haben, und dann in unseren eigenen Wörtern (oder Programmcode) fassen, was vorangegangen ist. Dabei hält man fest, welche Ideen von wem stammen, damit andere diese Gedankengänge ebenfalls nachvollziehen können. Wir können die aktuelle Plagiatswelle eindämmen, aber nur, wenn jede Einzelne aktiv wird. Mach' mit!

Anschrift der Autorin

Treskowallee 8
10313 Berlin

Quelle: Forschung und Lehre 6/2003, 307 f.

Gute Noten für die Maturaarbeit

GYMNASIEN Auf das Jahr 1997 hin wurde die Maturitätsausbildung im Kanton Bern reformiert. Dabei gab es für die Gymnasien grosse Umstellungen zu bewältigen. Das eidgenössische Maturitätsanerkennungs-Reglement brachte den Wechsel von der Typenmatur zur Wahlfachmatur. Dazu wurde die gymnasiale Ausbildungszeit im kantonalen Gesetz über die Maturitätsausbildung um ein Jahr gekürzt. Und schliesslich wurden jene Lehrerseminare, die nicht Institute der neuen Lehrerbildung wurden, in Maturitätsschulen umgewandelt.

Das Mittelschul- und Berufsbildungsamt der Erziehungsdirektion hat in Zusammenarbeit mit der Rektorinnen- und Rektorenkonferenz bei den deutschsprachigen Gymnasien eine Erhebung durchgeführt zu ersten Erfahrungen mit der neuen Ausbildung. Dabei zeigte sich, dass die Maturaarbeit – eine selbständig verfasste schriftliche Arbeit – «als herausragende Errungenschaft der neuen gymnasialen Ausbildung» gewertet wird, wie dem Evaluationsbericht zu entnehmen ist. Den Wunsch nach solchen selbständigen Arbeiten hätten nicht zuletzt die Hochschulen signalisiert, sagte RKK-Präsident Heinz Salzmann.

Der neue gymnasiale Unterricht wurde an den einzelnen Gymnasien unterschiedlich umgesetzt. Unterdessen hat der Grosse Rat einen kantonalen Rahmenlehrplan für die Gymnasien verlangt. Dieser soll eine Harmonisierung der Maturitätsausbildung bringen und den Leistungskatalog für die Gymnasien klar definieren. (Mo)

Quelle: Der Bund, 5.6.2003, 20

Bücher über Wissenschaft

Ingo von Münch, Promotion, Mohr-Siebeck Tübingen 2002, 212 S.,E 29.--

Ralph Jessen / Jakob Vogel (Hg.), Wissenschaft und Nation in der europäischen Geschichte, Campus-Verlag Frankfurt/Main 2003,400 S., E 39.90

Raimund Lachner /Egon Spiegel(Hg.) Qualitätsmanagement in der Theologie.Chancen und Grenzen einer Elementarisierung im Lehramtsstudium. Butzon & Bercker, Kevelaer 2003, 304 S., E 19.90

S. Mittag/ L.Bormann/ H.-D. Daniel, Evaluation von Studium und Lehre an Hochschulen, Waxmann Verlag Münster 2003, 164 S.,E 15.90

Volker Uhl, Virtuelle Hochschulen auf dem Bildungsmarkt, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden 2003,287S. E 49.90